

CDU-Ratsmehrheit beschließt Erhöhung der Gemeindesteuern und verweigert einen Beitrag zur Energiewende

In der letzten Gemeinderatssitzung in St. Katharinen am 13.10.2011 standen zwei wichtige Entscheidungen an, über die die FWG der Öffentlichkeit berichten möchte.

Wie bereits mehrfach dargelegt, gibt es im Rat unterschiedliche Auffassungen über den Bau der neuen Sport- und Veranstaltungshalle im Ort, die im August 2010 fertiggestellt wurde. Während die CDU auch angesichts massiv gestiegener Baukosten ohne jede Abstriche zu dieser inzwischen bereits mehr als 6 Mio. Euro teuren Investitionsmaßnahme (wobei noch weitere Kosten anfallen werden) stand und steht, hatte die FWG immer wieder angemahnt, die Baumaßnahme in ihrer Ausgestaltung den langfristigen finanziellen Spielräumen der Gemeinde anzupassen. Die CDU ließ sich indes nicht von ihrem Kurs abbringen und die Finanzlage der Gemeinde ist so von einer prallen Rücklage (5,3 Mio. Euro Anfang 2009) tief in die roten Zahlen geraten. Denn es ist bei den Baubeschlüssen nicht beachtet worden, dass insbesondere die kommunalen Gewerbesteureinnahmen starken Schwankungen unterliegen können, wie sie in den letzten Jahren auch tatsächlich aufgetreten sind. Darunter leidet die politische Gestaltungsfreiheit in der Zukunft. Nachdem die Kommunalaufsicht erstmals für den Haushalt 2011 Einsparungen von Seiten der Gemeinde verlangte, hat sie jetzt zusätzlich auf eine Erhöhung der Gemeindesteuern (Grundsteuer A, Grundsteuer B sowie Gewerbesteuer) gedrängt, die bisher weit unter dem Landesdurchschnitt liegen.

Diese niedrigen Steuersätze, so hatte die CDU bis Anfang 2011 immer wieder erklärt, könne sich die Gemeinde aufgrund ihrer „soliden“ Haushaltspolitik „leisten“. Damit ist es nun vorbei und die Wahrheit kommt jetzt scheinbar ans Licht: die drei Steuern werden zum Jahresbeginn 2012 erhöht, alle Einwohner unseres Ortes und die hiesigen Gewerbetreibenden sind davon betroffen. Sie zahlen jetzt die „Zeche“ dafür, dass eine die Verhältnisse der Gemeinde übersteigende Investition getätigt wurde. Die FWG hat diese Steuererhöhungen abgelehnt, angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Rat blieb dies aber folgenlos.

Als FWG befürchten wir, dass diese Steuererhöhung nicht die letzte gewesen sein wird, denn unser Haushalt wird noch über Jahre hinaus durch hohe Zins- und Tilgungskosten für die aufgenommenen Kredite belastet sein.

Die zweite wichtige Ratsentscheidung befasste sich mit dem eigenen Stromverbrauch der Gemeinde. Einvernehmlich wurde beschlossen, sich an einer europaweiten Bündelausschreibung zu beteiligen, die vom Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz durchgeführt wird. Durch die größere ausgeschriebene Einkaufsmenge sind bessere Preisangebote zu erwarten. Bei der weitergehenden Frage, welche der drei möglichen Stromarten (Normalstrom, Ökostrom und Ökostrom mit Neuanlagenquote) gewählt werden sollte, schieden sich allerdings schon wieder die Geister. Zwar lautete die gemeinsame Empfehlung des Bauausschusses und des Haupt- und Finanzausschusses, die Gemeinde solle sich für Ökostrom entscheiden, der vollständig aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt wird, auch wenn dies etwa 0,5 Cent pro kWh teurer ist. Von dieser Empfehlung, die in den Ausschüssen noch von der CDU mitgetragen worden war, rückte sie jedoch im Rat wieder ab. Auf die Gründe für den überraschenden Sinneswandel angesprochen, konnten die CDU-Vertreter keine inhaltlichen Argumente vorbringen. Einziges Argument war, auch die übrigen Gemeinden der VG Linz hätten sich für Normalstrom ausgesprochen, also einem Energiemix, der auch Atomstrom umfasst. Nach der Reaktorkatastrophe in Japan ist in Deutschland eine Energiewende mit dem Beschluss zum

Ausstieg aus der Atomenergie eingeleitet worden, die von einer breiten Mehrheit der Parteien im Deutschen Bundestag und auch der weit überwiegenden Mehrheit der Bürger getragen wird. Selbst der Hinweis, dass doch gerade eine von der CDU geführte Bundesregierung diese Wende eingeleitet hat, fruchtete nichts. FWG und SPD konnten sich deshalb mit ihrer Haltung pro Ökostrom gegen die CDU-Mehrheit im Rat nicht durchsetzen. Dies ist umso bedauerlicher, als sich nach einer schnellen Abschätzung durch die Verwaltung während der Sitzung die Mehrkosten für Ökostrom für die Straßenbeleuchtung (als größter Verbrauchsposition der Gemeinde) auf ca. 1700 Euro pro Jahr belaufen würden. Die Chance, von Seiten der Gemeinde ein Zeichen zu setzen und einen – wenn auch geringen – Beitrag zur Energiewende zu leisten, wurde somit versäumt.

Presseberichten ist zudem zu entnehmen, dass etwa die Stadt Unkel nach einem fraktionsübergreifenden Beschluss auf Ökostrom setzt.

Die FWG wird sich auch weiterhin für die Interessen der Bürger einsetzen und über die Beschlüsse im Rat und ihre Hintergründe berichten.

*Pressemitteilung
FWG-St. Katharinen*